

Konflikt um Großbauprojekte am Beispiel der Phantasialand-Erweiterung

Ansprechpartner

Initiative 50Tausend Bäume / LNU

Dr. Doris Linzmeier
Buchenweg 16 • 50321 Brühl

Telefon: 02232 / 56 75 90

E-Mail: info@bi-50tausendbaeume.de
Internet: www.bi-50tausendbaeume.de



NABU Rhein-Erft e. V.

Wilbert Spitz
Friesheimer Busch 1 • 50374 Ertstadt

Telefon: [REDACTED]

E-Mail: wilbert.spitz@t-online.de
Internet: www.NABU-Rhein-Erft.de



BUND Kreisgruppe Rhein-Erft

Joachim Scheffer
Franzstr.3 • 50389 Wesseling

Mobil: [REDACTED]

E-Mail: bund.rheinerftkreis@bund.net



Konflikt um Großbauprojekte am Beispiel der Phantasialand-Erweiterung

##. November 2015. – Auf der 21. UN-Klimakonferenz in Paris wird die Weltgemeinschaft ab Ende November wieder über gemeinsame Klimaschutzziele verhandeln. Deutschland sieht sich hier in einer Vorreiterrolle. Doch der Europäische Gerichtshof rügte noch im Oktober 2015 die Bundesrepublik dafür, Bürgern und Naturschutzorganisationen nicht genügend Möglichkeiten einzuräumen, um gegen Großbauprojekte vorzugehen. Ein Beispiel dafür ist die geplante Erweiterung des Freizeitparks Phantasialand, für die Staatswald mit dem Status eines Naturschutzgebiets vernichtet werden soll. Auch hier war in den entscheidenden Phasen des langjährigen Prozederes die Mitwirkung kritischer Stimmen nicht erwünscht, etwa am Moderationsverfahren 2009. Das jüngste Moderationsverfahren 2014/2015, in dem auch Bürgerinitiativen und Umweltverbände zu Wort kamen, hatte keinerlei rechtlichen Einfluss auf die Bauleitplanung, die in der Zuständigkeit der Kommune Brühl liegt. Allerdings führte das Ergebnispapier des Verfahrens noch einmal vor Augen, dass es im Rhein-Erft-Kreis keine Ausgleichsmöglichkeiten für den mit der Planung verbundenen Verlust des Naturschutzgebiets Ententeich gibt. Der ursprünglich als Märchenwald geplante Freizeitpark hat in den fast fünfzig Jahren seines Bestehens kontinuierlich Flächen in Anspruch genommen, zum Beispiel einen Waldbereich süd-östlich des Unternehmens. Dieser befindet sich bereits seit etwa zehn Jahren in dessen Besitz, wurde aber erst Ende 2014 gerodet. „Zwar argumentiert die Branche, dass immer neue Attraktionen auf zusätzlichen Flächen zwingend notwendig seien, um sich im Wettbewerb zu behaupten, doch muss angesichts der knapper werdenden Naturflächen ein Umdenken stattfinden“, sind sich die Naturschützer im Rhein-Erft-Kreis einig.

Wie in den meisten Fällen wird auch bei dem Großbauprojekt „Phantasialand-Erweiterung“ das Arbeitsplatz-Argument herangezogen. Das lässt sich jedoch nicht nachvollziehen, weil das Phantasialand keine Geschäftszahlen vorlegt. Selbst der Brühler Bürgermeister, Dipl.-Volkswirt Dieter Freytag, zitiert nicht belegbare Zahlen aus einer Expertise, deren Gutachter keinen Einblick in die relevanten Unterlagen hatten. „Bemerkenswert finde ich die unterschiedlichen Angaben, mit denen der Freizeitpark in der Öffentlichkeit operiert“, kommentiert Dr. Doris Linzmeier von der Initiative 50TausendBäume/LNU. „Während die vom Branchenverband TEA publizierte Statistik für 2014 ein überdurchschnittliches Wachstum für das Phantasialand ausweist¹, zeichnet das Management gegenüber den Medien ein düsteres Zukunfts-Szenario.“ Allerdings floriert der Freizeitpark auch nach 15 Jahren ohne die geforderte großflächige Erweiterung weiterhin.

Dennoch üben das Phantasialand und deren Unterstützer aus Wirtschaft und Politik weiterhin Druck auf NRW-Umweltminister Johannes Remmel aus. „Wir halten es für unredlich, einen grünen Umweltminister zum Verrat des Natur- und Umweltschutzes zu

drängen; dort liegen doch die Kernkompetenzen der Grünen“, so Linzmeier. Die Bereitstellung eines landeseigenen Naturschutzgebiets für ein privatwirtschaftliches Bauvorhaben wäre ein bundesweiter Präzedenzfall. „Würde ein grüner Minister eine solche Entscheidung treffen, wäre seine Glaubwürdigkeit beschädigt“, betont Wilbert Spitz vom NABU. Joachim Scheffer als Vertreter des BUND macht darauf aufmerksam, dass im Fall der Phantasialand-Erweiterung die vom Gesetzgeber festgelegte Eingriffs- und Ausgleichsregelung ad absurdum geführt würde: „Bei dem von der Erweiterung betroffenen Naturschutzgebiet handelt es sich bereits um einen Ausgleich für den Braunkohle-Abbau. Jetzt soll der Staatswald nach mehr als 80 Jahren wieder wirtschaftlichen Belangen zum Opfer fallen.“

Wie kann Deutschland in Paris über globale Klimaschutzziele verhandeln, wenn es selbst leichtfertig mit den eigenen natürlichen Ressourcen umgeht?

¹ Global Attractions Attendance Report, Themed Entertainment Association (TEA) und AECOM, 2015



Naturschutzgebiet Ententeich

Foto: © Schladt